

Protokoll

über die Sitzung des Schulausschusses am Dienstag, dem 12.11.2013, 18:00 Uhr, in der Mensa der Leine-Schule, Bunsenstrasse 3, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hans-Jürgen Hayek

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Stefan Porscha

Mitglieder

Frau Ute Bertram-Kühn
Herr Thomas Iseke
Herr Manfred Lindenmann
Herr Wilfried Müller
Herr Jens Spannig
Herr Thomas Stolte

Schülervertreter

Herr Christian Heilmeyer
Herr Patryk Porebski

Lehrervertreter

Frau Elke Obermüller
Frau Maren Pauselius-Gallon (ab 18:15 Uhr)

Elternvertreter

Frau Gudrun Schwarz
Herr Heinz Ziegler (ab 18:35 Uhr)

Verwaltungsangehörige

Herr Lars Domdey (Fachdienst 40, Protokoll)
Herr Bernd Knigge (Fachdienstleiter 40)
Frau Kerstin Schusdziarra (Fachdienst 40)
Herr Bernd Stellmann (Fachdienstleiter Immobilien)

Zuhörer/innen

3 Personen

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:35 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 26.02.2013
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2013/197**
- 4.1. Erläuterung der Haushaltsansätze 2014 im Bereich Schulen
5. Festsetzung der Essengeldpreise in der Mensa der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. (KGS) **2013/233**
6. Weitere Bewirtschaftung der Mensa Süd;
Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Leine-Schule e. V. **2013/247**
7. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen
8. Schulsozialarbeit; Ablauf des Bildungs- und Teilhabepaketes und Möglichkeit der Fortsetzung durch den Schulträger
- Vortrag in der Sitzung -
9. Bekanntgaben
10. Anfragen

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Um 18:00 Uhr eröffnet Herr Hayek die Sitzung und stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 26.02.2013

Der Schulausschuss fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 26.02.2013 wird genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Anfragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

2013/197

4.1. Erläuterung der Haushaltsansätze 2014 im Bereich Schulen

Herr Knigge erklärt, dass die Haushaltsansätze in Anlehnung an die Vorjahre gestaltet und nur geringe Kürzungen vorgenommen worden seien. Bei der Schulleiterkonferenz am 30.10.2013 wurde festgestellt, dass einige Haushaltsansätze des Gymnasiums und der Kooperativen Gesamtschule fälschlicherweise um bis zu 1/3 des Ursprungswertes reduziert worden seien. Dieser Fehler wurde mittlerweile korrigiert.

Anschließend erläutert Herr Stellmann detailliert die Haushaltsansätze für das Jahr 2014 im Produkt Gebäudemanagement. Der Bereich Bauunterhaltung summiert sich auf 1,1 Mio. EUR, wovon 540.000 EUR auf die Schulen entfallen, die nicht budgetiert sind.

Bei der Erläuterung des Haushaltsansatzes für das Gymnasium fragt Herr Müller nach, ob die Sanierung für die Sporthalle schon im Ansatz berücksichtigt sei. Herr Stellmann entgegnet, dass für die Sporthalle ein separater Ansatz gebildet wurde.

Bei der Erörterung der Haushaltsansätze für die Grundschule Bordenau fragt Herr Müller, ob der Sonnenschutz bereits einkalkuliert worden sei. Herr Stellmann erwidert, dass die Vorhänge bereits seit Jahren abgängig seien, derzeit aber keine Berücksichtigung gefunden haben. Frau Bertram-Kühn stellt die Wichtigkeit des Sonnenschutzes heraus. Die Kinder säßen teilweise in der prallen Sonne. Da der Unterricht so nicht erträglich sei, müssen für das Haushaltsjahr 2014 Mittel bereit gestellt werden, damit die Maßnahme im Frühjahr abgeschlossen werden kann. Herr Porscha äußert, dass die Unumgänglichkeit des Handelns bereits bei der Schulleiter-

konferenz thematisiert wurde. Herr Ostermann hinterfragt, ob diese Maßnahme verschoben wurde, um Ergebnisse des Grundschulforums oder sonstige Beschlüsse abzuwarten. Herr Stellmann entgegnet, dass bereits verschiedene Maßnahmen in Bordenau ergriffen worden seien, ein voll umfänglicher Sonnenschutz aber ähnliche Kostendimension erreichen würde wie an der Grundschule Stockhausenstraße in der Kernstadt.

Herr Ostermann bemängelt, dass in der von Herrn Stellmann vorgelegten Übersicht Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden können, nicht aufgeführt worden seien. Dies sei insbesondere für den Finanzausschuss relevant.

Herr Stellmann fährt mit der Erläuterung der Haushaltsansätze fort und erklärt, dass in einigen Positionen "auf Risiko gefahren werde", da derzeit keine Mittel zur Beseitigung etwaiger Mängel zur Verfügung stünden.

Auf Nachfrage von Herrn Ostermann, warum der Sonnenschutz in Bordenau nicht bei den nichtrealisierten Maßnahmen aufgelistet sei, erwidert Herr Stellmann, dass die Liste nicht vollständig sei. Eine Datenbank über alle Gebäude und alle Maßnahmen sei nicht machbar, durchaus aber wünschenswert.

Frau Bertram-Kühn äußert ihre Bedenken hinsichtlich der Verschiebung der Sanierung der WC-Anlagen im Gymnasium, die den Charme der 50er Jahre vermitteln würden. Herr Knigge merkt an, dass die Sanierung der WC-Anlagen im Rahmen einer Gesamtsanierung des Gymnasiums Berücksichtigung finden werde.

Herr Iseke möchte wissen, ob das Dach der Sporthalle des Gymnasiums saniert worden sei. Herr Stellmann bestätigt dies und ergänzt, dass der Schimmelpilz nach der Sanierung überstrichen worden sei.

Herr Porscha mahnt den Sanierungsbedarf für den Heizkessel in Schneeren an, woraufhin Herr Stellmann erwidert, dass dieser, solange er noch laufe, aus finanziellen Gründen nicht ersetzt werde.

Frau Obermüller zeigt sich verwundert über die im Plan berücksichtigten Summen für die Goetheschule und fragt nach, ob die Mittel anderweitig verwendbar seien. Herr Stellmann verneint dies und weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Übersicht aller Schulgebäude handele.

Herr Iseke fragt nach den Baumaßnahmen für die budgetierten Schulen. Herr Knigge erklärt, dass es sich um vier budgetierte Schulen handele, die jeweils einem eigenen Produkt zugeordnet seien. Herr Porscha erkundigt sich, ob aus der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Budgetierung, die nach der Schulleiterkonferenz gebildet werden sollte, schon Ergebnisse vorliegen. Herr Knigge erwidert, dass diese noch nicht gebildet wurde, aber neue Berechnungsmodalitäten entwickelt werden, um den veränderten Bedingungen Rechnung zu tragen.

Für die Kooperative Gesamtschule sei eine Dachsanierung erforderlich, die insgesamt ein Volumen von ca. 513.000 EUR habe, so Herr Stellmann. Hier hakt Herr Lindenmann ein und gibt zu bedenken, wie viel Geld bereits in das Dach der Kooperativen Gesamtschule investiert worden sei. Die Summe wolle er gar nicht wissen, regt aber an, über den Bau eines Gie-

beldachs oder einer vergleichbaren Konstruktion nachzudenken. Herr Stellmann erklärt, dass das Flachdach unter anderem aus statischen Gründen nicht geändert werden könne.

Herr Iseke erkundigt sich, ob die Dachsanierung als Investition behandelt und so den Buchwert der Kooperativen Gesamtschule erhöhen würde. Herr Stellmann verweist hierzu auf die gesetzlichen Regelungen, wonach die Summe im Verhältnis betrachtet als gering anzusehen sei und somit den Buchwert nicht erhöhe.

Herr Ostermann fragt nach der Reihenfolge der Sanierungen der Sporthallen und möchte wissen, ob die Sporthalle des Gymnasiums immer noch den ersten Platz der geplanten Sanierungsmaßnahmen belege, was Herr Stellmann bestätigt. Herr Stellmann stellt hierbei die Wichtigkeit eines Gesamtsanierungskonzeptes heraus.

Daraufhin fasst der Schulausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wird zur Kenntnis genommen und an den Finanzausschuss weitergeleitet.

5. Festsetzung der Essengeldpreise in der Mensa der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. (KGS)

2013/233

Herr Knigge erörtert zunächst die Problematik der Vergleichbarkeit zwischen den Mensen der Kooperativen Gesamtschule und des Schulzentrums Süd. Die Essengeldpreise sollten langfristig betrachtet im gleichen Rahmen bleiben, wenngleich der Zuschussbedarf im Schulzentrum Süd aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen ungleich höher ausfällt. Für die Kooperative Gesamtschule beträgt dieser Zuschuss derzeit 27 Cent pro Essen. Aus der Politik kam im vergangenen Jahr die Anregung, die Essengeldpreise für Dritte auf 5 EUR zu erhöhen, was nach Ansicht der Verwaltung jedoch kontraproduktiv sei und eher abschreckend auf Gäste wirken würde. Möglicherweise sei für das Schuljahr 2015/2016 eine Anpassung der Essengeldpreise ratsam. Dies müsste dann bis Ende Juli 2015 beschlossen sein.

Herr Porscha legt dar, dass die CDU weiter eine Erhöhung der Preise für Dritte für angezeigt halte und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Herr Lindenmann hält die derzeitigen Preise für angemessen und fragt, ob hierbei der Dialog mit den jeweiligen Schulleitungen gesucht wurde. Herr Knigge bestätigt einen Konsens zwischen Schulträger und Schulleitung und verweist auf regelmäßige Treffen. Inhaltlich stimmt Herr Lindenmann der Vorlage der Verwaltung zu, ergänzt aber die Wichtigkeit der Abstimmung mit den Schulleitungen.

Herr Müller stimmt namens der SPD-Fraktion der Vorlage zu. Seiner Meinung nach würden die Einnahmen bei einer Erhöhung der Preise für Dritte nicht steigen, da diese Preiserhöhung das Essen in der KGS unattraktiv werden ließe. Mehreinnahmen durch höhere Preise würden so durch Mindereinnahmen aufgrund sinkender Essenteilnehmer aufgezehrt werden.

Herr Müller betonte auch die Wichtigkeit der Anwesenheit der Lehrkräfte während der Mittagspause. Lehrkräfte seien auch während des Essens Aufsichtspersonen, die möglicherweise bei höheren Preisen wegfallen könnten und durch zusätzliches Personal kompensiert werden müssen.

Frau Pauselius-Gallon pflichtet diesen Ausführungen bei. Ihrer Ansicht nach würden sicher einige Lehrer der Mensa fernbleiben, da 50 Cent mehr pro Essen einen nicht unerheblichen Betrag ausmachen würde.

Herr Iseke fragt nach den gesetzlichen Regelungen zur Umsatzsteuer von Mensen, da diese seit dem Jahr 2010 im Haushaltsplan nicht dargestellt sei. Herr Knigge erklärt, dass dies auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen sei, wonach Mensen nicht mehr besteuert werden, wenn diese kommunal betrieben würden.

Herr Hayek fasst zusammen, dass nun zwei Anträge vorliegen. Zunächst wird über den Antrag der CDU abgestimmt, die Essengeldpreise für Dritte auf 5 EUR zu erhöhen.

Der Antrag wird bei drei Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend lässt Herr Hayek über den Beschlussvorschlag laut Vorlage abstimmen.

Hierzu fasst der Schulausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Essengeldpreise für die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in der KGS Neustadt a. Rbge. werden bis zum 31.07.2015 wie folgt festgesetzt:

Schülerinnen und Schüler: 2,85 EUR
Dritte: 4,50 EUR

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig zum Schuljahr 2015/2016 eine Drucksache zu erstellen, auf deren Grundlage die Kollegialorgane der Stadt Neustadt a. Rbge. über die Neufestsetzung der Essengeldpreise befinden können. Sollten vor diesem Termin Veränderungen eine Preiserhöhung notwendig machen, wird die Verwaltung unaufgefordert reagieren.

6. Weitere Bewirtschaftung der Mensa Süd; Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Leine-Schule e. V.

2013/247

Herr Müller spricht dem Förderverein namens der SPD seinen Dank für die Rettung der Mensa aus und zeigt sich überzeugt, dass das Konzept des Fördervereins tragfähig sei und die Anzahl der ausgegebenen Essen weiter ansteigen werde. Herr Porscha betont, dass der Förderverein einen richtigen Ansatz verfolge und lobt ebenfalls das Engagement des Vereins.

Herr Iseke erkundigt sich, ob es auch möglich sei, die Mensa des Schulzentrums Süd durch die Küche der Kooperativen Gesamtschule zu beliefern. Herr Knigge entgegnet hierzu, dass die Küche der Kooperativen Ge-

samtschule bereits am Limit arbeite und eine Mitversorgung des Schulzentrums Süd nicht leistbar sei. Herr Kretz informiert darüber, dass die Finanzen des Fördervereins über ein Steuerbüro abgewickelt werden. Die Mensa werde als Zweckbetrieb gemeinnützig betrieben und sei somit steuerbefreit. Herr Kretz gibt zu bedenken, dass die in der Vorlage genannte Defizitabdeckung erst bei durchschnittlich 100 ausgegebenen Essen pro Tag kostendeckend sei. Hier sei es realistisch von 80 Essen pro Tag auszugehen.

Herr Iseke erklärt, dass Schüler des Gymnasiums neun Unterrichtsstunden pro Tag hätten, ihnen aber zeitlich keine Möglichkeit eingeräumt sei, das Mensa-Angebot zu nutzen. Herr Müller sieht hier auch die Elternvertreter in der Pflicht, die sich für eine Mittagspause stark machen sollten. Im Folgenden entwickelt sich eine Diskussion, ob die Mensa bei der Schulleitung des Gymnasiums ausreichend Unterstützung erfährt, woraufhin Herr Knigge erläutert, dass sich hier in der jüngeren Vergangenheit einiges getan habe. Herr Kretz berichtet hierzu von einem Gespräch mit dem stellvertretenden Schulleiter des Gymnasiums, Herrn Langreder, wonach in den Jahrgängen fünf bis neun eine Mittagspause vorgesehen sei, in den Jahrgängen 10 bis 12 aus stundenplantechnischen Gründen jedoch nicht. Herr Hayek zieht diese Aussage in Zweifel, da der Gymnasialzweig der Kooperativen Gesamtschule die gleiche Studententafel wie das Gymnasium habe und hier ein Mittagessen möglich sei.

Bei der anschließenden Abstimmung über die Vorlage fasst der Schulausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Vertrag zwischen dem Förderverein der Leine-Schule und der Stadt Neustadt a. Rbge. zwecks Bewirtschaftung der gemeinsamen Schulmensa der Leine-Schule und des Gymnasiums Neustadt a. Rbge. wird zunächst bis zum 30.01.2015 verlängert. Paragraph 11 der Vereinbarung ist dahingehend zu ändern.

Für den Defizitausgleich nach § 12 der Vereinbarung werden für das Jahr 2013 vorsorglich zusätzlich 3.000 EUR zur Verfügung gestellt und für das Folgejahr einschließlich Januar 2015 27.500 EUR im Haushalt bereitgestellt.

Die weiteren Bestandteile des Vertrages gelten unverändert fort. _

7. Anmeldetermine der weiterführenden Schulen

Herr Hayek berichtet einleitend über die große Verärgerung der Eltern nach der Abweisung ihrer Kinder an der Kooperativen Gesamtschule. Bei der nachfolgenden Anmeldung am Gymnasium hätten sie angeblich das Gefühl gehabt, dass sie das Gymnasium lediglich als zweite Wahl betrachten würde. Zukünftig sei es ratsam, die Termine für die Anmeldung bei Gymnasium und Kooperativer Gesamtschule nicht mehr zeitgleich entgegen zu nehmen. Herr Lindenmann betont, dass nicht nur die Behandlung bei der Aufnahme zu wünschen übrig ließe, sondern auch eine Benachteiligung bei der Kurswahl stattgefunden habe. Er fordert gleiche Chancen für alle durch getrennte Anmeldetermine. Er schlägt daher vor, dass der Schulausschuss beschließen möge, dass für Schüler, die durch das Los-

verfahren an der Kooperativen Gesamtschule abgelehnt worden seien, keine Benachteiligung entstehen dürfe.

Auf Nachfrage von Frau Bertram-Kühn erklärt Herr Knigge, dass nach den bekannten Vorfällen Kontakt zum Schulleiter des Gymnasiums aufgenommen worden sei und dieser versichert habe, dass alle die gleichen Chancen bekämen.

Nach einer kurzen Diskussion über die Notwendigkeit eines niedergeschriebenen Benachteiligungsverbot für an der Kooperativen Gesamtschule abgewiesene Schüler, fasst der Schulausschuss bei zwei Enthaltungen und 13 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Anmeldetermine der weiterführenden Schulen sind so zu planen, dass den Schülern, die durch das Losverfahren an der Kooperativen Gesamtschule abgelehnt worden sind, keine Nachteile entstehen.

8. Schulsozialarbeit; Ablauf des Bildungs- und Teilhabepaketes und Möglichkeit der Fortsetzung durch den Schulträger - Vortrag in der Sitzung -

Im Vorfeld der Sitzung wurde abgesprochen, dass Herr Kretz, stellvertretend für alle Schulleiter, einen Vortrag zur Thematik hält. Hierzu erteilt Herr Hayek ihm das Wort. Herr Kretz referiert im Folgenden sehr detailliert über Schulsozialarbeit und teilt dazu an alle Anwesenden ein Informationsblatt aus, das diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt ist.

Da die Verträge der Schulsozialarbeiter, die aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden, auch bis zum Ende dieser Finanzierung befristet sind, sollte hier rechtzeitig vorher für Planungssicherheit gesorgt werden. Er berichtet von einer Anfrage an das Niedersächsische Kultusministerium, in der die Schulleiter darauf hinweisen, dass pädagogisches Personal eine Angelegenheit des Landes sei. Die Antwort des Ministeriums konstatiert allerdings, dass Schulsozialarbeit primär eine Aufgabe der Jugendhilfe sei, womit die Kommunen in der Pflicht gesehen werden. Folglich müssten die Kommunen die Kosten für die Schulsozialarbeiter ab dem Jahr 2015 übernehmen. Aus Sicht der Schulleiter sei Schulsozialarbeit zwingend notwendig, betont Herr Kretz und berichtet auch von den Erfahrungen des Gymnasiums. Selbst hier seien die positiven Auswirkungen der Schulsozialarbeit stark wahrzunehmen. Unter den Schulleitungen bestehe Einigkeit darüber, dass man sich nicht vorstellen könne, wie die Schule ohne die Schulsozialarbeit funktionieren solle, da hier beispielsweise Kinder mit Migrationshintergrund, die in Deutschland erstmals eine Schule besuchen, durch die Sozialarbeiter betreut werden können, was für Lehrer in derartigem Maße schlichtweg nicht zu leisten sei. Herr Kretz bekräftigt den Wunsch der Leiter der Neustädter Schulen nach einer Anschlussregelung, um die Schulsozialarbeiter weiterhin beschäftigen zu können.

Herr Müller legt dar, dass die SPD bei ihrer Haushaltsklausur auch über Schulsozialarbeit gesprochen habe und hierbei auch die Notwendigkeit deutlich erkannt wurde. Allerdings hat der Bürgermeister bei der Klausur den Standpunkt vertreten, dass es sich hierbei um eine Aufgabe des Lan-

des handele. Ein entsprechender Antrag auf Fortsetzung der Finanzierung solle gestellt werden. Das Verfahren sollte allerdings Mitte 2014 abgeschlossen sein, um Planungssicherheit gewährleisten zu können.

Herr Porscha stimmt namens der CDU zu. Auch seine Partei sehe die Notwendigkeit für die Fortsetzung der Schulsozialarbeit. Falls das Land an seiner Rechtsauffassung festhalten sollte, müssten die zur Aufrechterhaltung der Schulsozialarbeit erforderlichen Schritte rechtzeitig in 2014 eingeleitet werden.

9. Bekanntgaben

- a) Die vorgelegten Informationsvorlagen werden zur Kenntnis gegeben.
- b) Herr Knigge teilt mit, dass die Landesschulbehörde den befristeten Auftrag zur Leitung der Grundschule Bordenau an Frau Ludwigs bis zum 31.07.2014 verlängert habe.
- c) Herr Knigge verliest ein Schreiben der Landesschulbehörde zur Situation der Förderschule am Ahnsförth. Derzeit ist die Gesetzeslage weitestgehend unklar, so dass über die Zukunft der Förderschule zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen getroffen werden können.

10. Anfragen

- a) Herr Porscha erkundigt sich, warum die Vorlage Nr. 2013/221 mit dem Titel "Außerplanmäßige investive Auszahlungen für die behindertengerechte Einrichtung eines Arbeitsplatzes für Schwerbehinderte" nicht im Schulausschuss, sondern nur im Verwaltungsausschuss und Rat behandelt werde. Herr Knigge antwortet, dass es sich hierbei um eine finanztechnische Abwicklung handele.
- b) Herr Porscha wollte weiterhin wissen, wie der Sachstand beim Grundschulforum sei. Herr Knigge, antwortet, dass der vierte Termin krankheitsbedingt auf Montag, den 02.12.2013 vorgezogen werden müsse. Die Tagesordnung werde den Mitgliedern in Kürze mitgeteilt. Es sei geplant dass das Institut für pädagogische Beratung einen Abschlussbericht vorstellen werde. Herr Porscha bedauert, dass es keine Zwischenberichte gegeben habe und fragt nach, ob die geplante Abschlussveranstaltung öffentlich stattfinde. Herr Iseke ist der Ansicht, dass die Ergebnisse bereits vorab bekannt gegeben werden sollten. Herr Ostermann vertritt den Standpunkt, dass das Institut nach drei Sitzungen in der Lage sein müsse, Ergebnisse zu liefern. Herr Knigge sagt zu, dass die Sitzung öffentlich stattfinde, was im Übrigen Teil des Ratsbeschlusses zur Einrichtung des Grundschulforums gewesen sei. Herr Knigge verweist in diesem Zusammenhang auf ein Treffen mit Mitarbeitern des Instituts am 13.11.2013. Hier werde das weitere Verfahren besprochen. Frau Schwarz zeigt sich gespannt auf die Ergebnisse und bedauert, dass die Elternvertretung im Vorfeld ausgebootet worden sei. Herr Lindenmann empfand es als Debakel, dass der Verwaltungsausschuss einen vom Schulausschuss abweichenden Beschluss gefasst habe.
- c) Herr Heilmeyer fragt nach, inwieweit Mittel zur Fortbildung der Lehrkräfte für die Inklusion bereit gestellt werden. Herr Hayek erklärt, dass

es Ausbildung für Multiplikatoren gebe, ob dies jedoch ausreiche, sei fraglich. Er verweist hierbei auch auf die Zuständigkeit des Landes für Fortbildung. Herr Lindenmann ergänzt, dass viele Maßnahmen für die Grundschulen geplant worden seien, jedoch auch im Sekundarbereich I ein großer Ansturm bestehe.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt Herr Hayek die Sitzung des Schulausschusses um 19:30 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 27.01.2014